

# Zwischen Europhorie und Realismus

Im Zuge der österreichischen Überlegungen für eine Integration in die Europäische Gemeinschaft zur Teilnahme am geplanten europäischen Binnenmarkt ist es viel zu spät zu einer öffentlichen Diskussion gekommen. Eine verfrühte Entscheidung wäre aber gerade wegen der Vorreiterrolle, die Österreich unter den neutralen europäischen Staaten einnimmt, äußerst bedenklich.

Obwohl noch lange nicht in allen relevanten Bereichen Studien vorlagen, wollten weite Kreise durch die Verbreitung einer EG-Euphorie eine (verfrühte) Entscheidung erzwingen.

Der EG-Beitritt, dargestellt als die einzig denkbare Strategie zur Lösung der österreichischen Strukturprobleme, behinderte die Entwicklung von Alternativkonzepten für einen eigenständigen Weg Österreichs außerhalb der EG.

Um dem entgegenzuwirken, veranstaltete die Hochschülerschaft an der TU-Graz (mit Unterstützung von: Land Steiermark, Stadt Graz — TU-Graz, Kammer für Arbeiter und Angestellte Stmk., ÖGB-Stmk., ÖVP-Modell Steiermark, SPÖ-Dr. Karl Renner Institut) das Symposium "Zwischen Europhorie und Realismus", das nicht nur weiterführende Informationen geben, sondern auch die Diskussion in bisher vernachlässigten Bereichen fördern sollte.

Vom 29. November bis zum 1. Dezember 1988 wurden schwerpunktmäßig die Bereiche Umwelt, Forschung-Bildung-Technologie, Neutralität und Wirtschaft in Vorträgen und Arbeitskreisen behandelt.

*Olav Hohmeyer* (Fraunhofer Institut, Karlsruhe/BRD) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den "Perspektiven der österreichischen Luftreinhaltepolitik vor dem Hintergrund eines möglichen EG-Beitritts".

Österreich hat im Vergleich zu den EG-Ländern strenge Normen. Es besteht die Gefahr, daß im Zuge der Verwirklichung des Binnenmarktes diese Vorschriften nicht länger aufrecht erhalten werden können. Als eigenständiges Land außerhalb der EG kann Österreich international sicherlich mehr in Richtung einer besseren Umweltpolitik bewirken.

Nicht nur bei der Luftreinhaltung, sondern auch in den anderen Sektoren der Umweltproblematik (Müll, Verkehr, Wasser etc.) würden sich negative Effekte bei einem EG-Beitritt bemerkbar machen, sagte *Christoph Chorherr* in seinem Vortrag.

Die verstärkte Deregulierung in der Forschungs- und Technologiepolitik der EG führt dazu, daß diese Bereiche immer stärker an wirtschaftlichen Interessen orientiert werden. Kritische Aspekte und wirtschaftlich nicht direkt verwertbare Grundlagenforschung gehen dabei natürlich unter. Das stellte *Klaus Fahle* (Europäischer Gewerkschaftsbund, Brüssel) in seinem Referat "Forschungs- und Technologiegemeinschaft Europa" vor.

*Gerhard Stadler* (Ministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr) und *Norbert Geldner* (Wifo) zeigten die wirtschaftlichen Auswirkungen eines EG-Beitritts auf. Gerade strukturschwache Regionen würden leiden. Das österreichische West-Ost-Gefälle würde sich vergrößern.

Daß der Binnenmarkt europaweit zu einer stärkeren wirtschaftlichen Orientierung aller Lebensbereiche führt, stellte *Prof. Klaus-Peter Kisher* (FU Berlin) dar. Soziale Sicherheiten und Garantien sind dann kein Thema mit Priorität mehr.

Zum Abschluß betrachteten *Prof. Manfred Rotter* (Uni Linz) und *Paul Luif* (Institut für Internationale Politik, Laxenburg) den EG-Beitritt aus neutralitätspolitischen Blickwinkel. Ein Beitritt zur EG ist in jedem Fall mit einem Souveränitätsverlust verbunden. Ob eine eigenständige österreichische Außenpolitik im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) aufrechterhalten werden kann, und wenn, in welcher Form, ist eine derzeit noch unbeantwortete Frage.

Dieses Symposium hat gezeigt, daß ein EG-Beitritt nicht nur positive Auswirkungen für Österreich bringt.

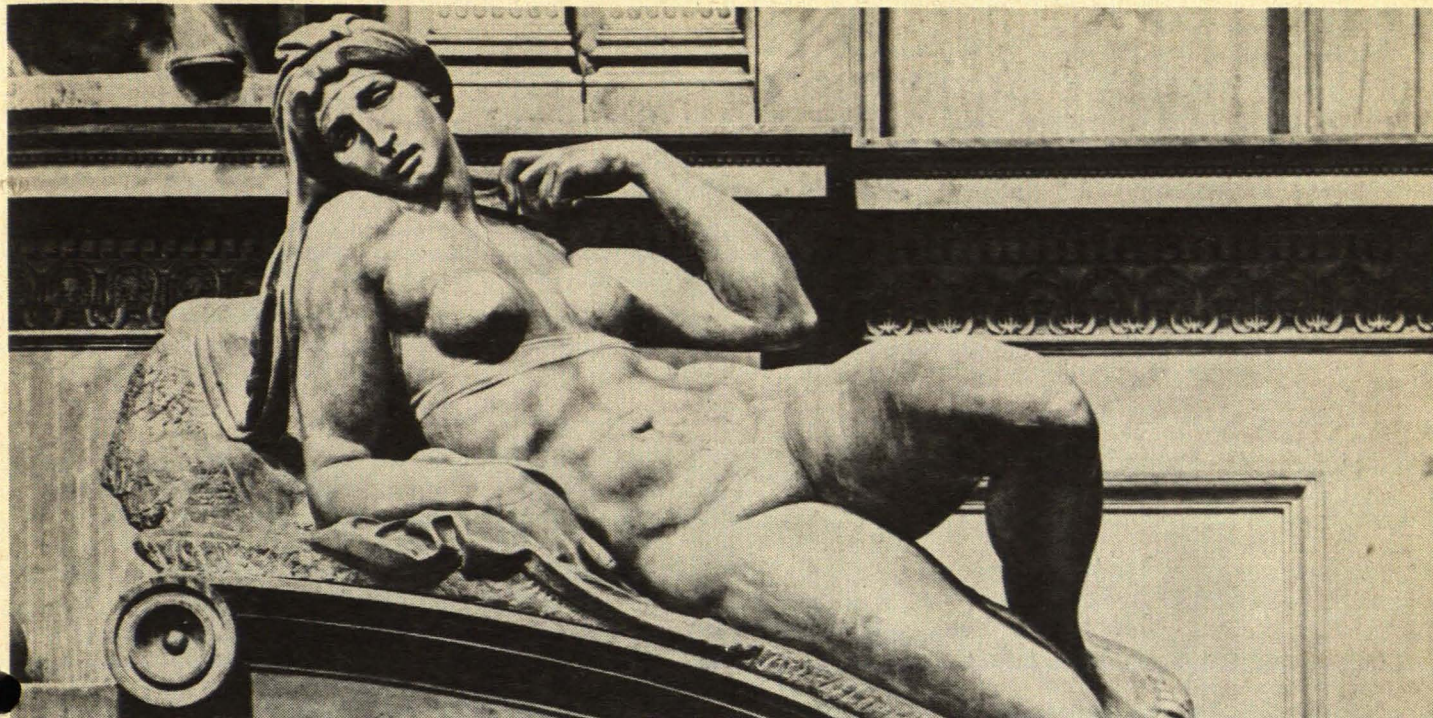
Es ist unabdingbar, daß in einer breiten und fundierten Diskussion die negativen und positiven Effekte analysiert und gegeneinander abgewägt werden.

Welche Auswirkungen ein EG-Beitritt für die Universitäten und die Studierenden hat, wird im folgenden Artikel dargestellt.

## EG und Hochschulausbildung

Obwohl der universitäre Bereich für eine Entscheidung über einen allfälligen EG-Beitritt — ja oder nein — nur von zweitrangiger Relevanz ist





(primär wird die Neutralitätsproblematik entscheidend sein — aus momentanem Standpunkt ist ein EG-Beitritt bei Aufrechterhaltung des *Neutralitätsstatus* unmöglich — sowie der *Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich*, wo infolge von Anpassungsprozessen erhebliche Rückschritte zu erwarten sind.) haben wir uns als ÖH-Technik trotzdem damit auseinandergesetzt. Schon deshalb, weil ein Blick über die Grenzen nie schaden kann, und auch, da bedauerlicherweise mit dem Argument "Wir müssen europareif werden!" ideologisch gefärbte Propaganda betrieben wird mit dem Ziel — z.B. an der Uni — sonst nicht leicht zu realisierende Studienverschärfungen durchzuführen. Jüngstes Beispiel: Minister Tuppy stellte Studiengebühren im Falle eines EG-Beitrittes in Aussicht.

### EG-Programme

● **ERASMUS:** Dieses EG-Programm wird seit 1.7.1987 innerhalb der EG durchgeführt und soll für einen kleinen Teil der Studierenden die Möglichkeit bieten, mit ERASMUS-Stipendien einen Teil ihres Studiums an einer Hochschule eines anderen EG-Mitgliedstaates zu absolvieren. Dieses Programm ist eine Elitenförderung, das jene bevorzugt, die ERASMUS-Mittel erlangen können; die Selektion erfolgt über Erfolgskriterien und Studienprogramme. Grundsätzlich ist zwar gegen Austauschprogramme und Auslandsstudien nichts einzuwenden (es ist sogar zu begrüßen), allerdings nur unter der Rahmenbedingung, daß diese auch für die breite Masse von Studierenden zugänglich sind! Was bei ERASMUS nicht der Fall ist.

● **COMETT:** Dieses EG-Programm (seit 1.1.1987) ist auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Wirtschaft ausgerichtet. Diese Zusammenarbeit erfolgt über vier Programmteile: (1) Ausbildungspartnerschaften zwischen Universitäten und Wirtschaft; (2) Austausch von Student/inn/en und Personal zwischen Universitäten und Wirtschaft; (3) Zusammenarbeit in der Weiterentwicklung neuer Technologien; (4) Schaffung multimedialer Ausbildungssysteme. Da die Kosten dafür größtenteils von den Universitäten und den Finanzen der EG getragen werden, bietet COMETT der Wirtschaft billige hochqualifizierte Arbeitskräfte und Forschungsergebnisse — also alles in allem eine etwas feinere Form der Drittmittelfinanzierung.

● **Anrechnungsproblematik:** Dabei geht es vor allem um die gegenseitige zwischenstaatliche Anrechnung von Studienzeiten, wechselseitige Anerkennung von Diplomen, sowie Abstimmungen von Standards bei Ausbildung und Abschlüssen, mit dem Fernziel der "Nie-

derlassungsfreiheit" für akademische Berufe ab 1992. Gerade bei diesen, an sich sehr begrüßenswerten Initiativen der EG, ist diese noch weit vom Ziel entfernt. Mitte letzten Jahres konnte sich die EG nur auf eine Zwischenlösung einigen, indem in den beschlossenen Richtlinien zur Anerkennung von Hochschulabschlüssen vorgesehen wurde, daß die einzelnen Mitgliedsländer zusätzlich zum Diplom eine bis zu vierjährige Berufspraxis oder bis zu dreijährige Anpassungslehrgänge oder Eignungsprüfungen als Voraussetzungen für den Berufszugang verlangen können. Damit bestehen weiterhin beträchtliche Hürden für die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen. Das ist eine bedauerliche Situation, da die Anrechnungsproblematik wirklich ein Bereich ist, der für die breite Masse der Universitätsabgänger/innen relevant ist, und es drängt sich der berechtigte Vorwurf auf, daß der EG die Elitenförderung wichtiger ist (vergleiche ERASMUS und COMETT) als die Interessen der Gesamtzahl der Studierenden. Keine Einigung gibt es bisher im Ministerrat der EG auch über die offizielle "Freizügigkeit der Student/inn/en", was obrigen Verdacht noch verstärkt.

Daß die EG nicht gerade student/inn/enfreundlich ist, zeigt auch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, die einen generellen *Numerus Clausus* für alle Mitgliedsstaaten der EG vorschreibt. Diese Entscheidung wurde von den Staaten bislang noch nicht exekutiert, da die EG-Bürokratie momentan mit der Realisierung des "Binnenmarktes 1992" und einer gemeinsamen Währungspolitik genug zu tun haben. Aber, kommt Zeit, kommt Tat.

Peter Bojduňák  
Matthias Theißing

### EG-Bildungssysteme kein Vorbild

Grundsätzlich brauchen die Bildungssysteme der EG-Staaten nicht Vorbild oder Orientierungslinien für Bildungsreformen zu sein. Dazu nur zwei Argumente: Erstens bescheinigte die OECD in einer Prüfung des Wissenschaftsbetriebes den österreichischen Hochschulen einen "guten Ausbildungsstand" und zweitens existieren in den EG-Mitgliedsländern diverse *Numerus Clausus*-Regelungen bzw. zum Teil beträchtliche Studiengebühren, wie auch aus einer jüngst veröffentlichten Studie des Institutes für Bildungsforschung in Wien hervorgeht. Vorbild könnte da schon eher z.B. Schweden sein, das einen nahezu dreifach so hohen Akademiker/innen-Anteil an der Gesamtbevölkerung ausweist, wie z.B. Österreich.

Trotzdem kurz eine Kritik der Bildungsaktivitäten der EG im Hochschulbereich. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf drei Punkte: Die beiden Bildungsprogramme *ERASMUS* und *COMETT* sowie die *ANRECHNUNGSPROBLEMATIK*.